

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verlag: Die Arbeiter-Zeitung, Berlin, Unter den Eichen 15. Preis: 25 Pf. (für den Abnehmer).  
Einzelpreis: 25 Pf. (für den Abnehmer).  
Postkontingent: 25 Pf. (für den Abnehmer).  
Jahrespreis: 2,50 Mark (für den Abnehmer).  
Jahrespreis: 2,50 Mark (für den Abnehmer).

Sonnabend, den 23. Juli 1921

Verlag: Die Arbeiter-Zeitung, Berlin, Unter den Eichen 15. Preis: 25 Pf. (für den Abnehmer).  
Einzelpreis: 25 Pf. (für den Abnehmer).  
Postkontingent: 25 Pf. (für den Abnehmer).  
Jahrespreis: 2,50 Mark (für den Abnehmer).  
Jahrespreis: 2,50 Mark (für den Abnehmer).

## Verrat oder Verbrechen?

Als Engels über den „Mazzverbreiter“ Dühring die ganze Schale seines bestehenden Spottes ausgeschüttet hatte, gab er ihn der Pöbellichkeit preis mit der Diagnose: Unzurechnungsfähigkeit aus Größenwahn!

Es ist gut, daß unsere Altmänner nicht mehr hören und sehen, was ihre annehmblichen Jünger aus ihrer Lehre gemacht haben: sie würden sich die Haare ausraufen. Was z. B. die Vertreter des A.D.B. auf einer am 10. und 11. Juli in Hamburg stattgefundenen Verhörskonferenz der Gewerkschaften für Anschauungen über die politische und wirtschaftliche Lage vortrugen, das übersteigt doch alle bisher bekannten Maßstäbe der übelsten Vulgarökonomie. Und wer auch nur ein Fünkchen von Reife für die heilige Sache der proletarischen Befreiung, so wie sie uns Marx und Engels gelehrt haben, in seiner Brust fühlt, der muß sich das Herz vor Gram zusammenkrampfen, ob der moralischen und geistigen Verblöschung der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Doch alle moralische Entrüstung ändert an der Tatsache nun einmal nichts und wir müssen in zäher Arbeit und mit klarem und nüchternem Verstande versuchen, mindestens die Massen vor dem orationären Wahnwitz zurückzuführen, in den sie ihre Führer stürzen wollen.

Die Hamburger Konferenz kam zustande durch eine vorangegangene oberhaltene Konferenz in demselben Bezirk. Diese Konferenz zitierte jenes Messiasgerede und Äußerungen, das mir heute allorts beobachtet werden und das sich ausdrückt in dem Willen nach der Einheitsfront und dem Kampf gegen die Gewerkschaften. Der A.D.B. sah in dieser Konferenz eine Gefahr und er ging daran, eine neue Versammlung zu veranstalten, und zwar in „eigener Sache“. Er ließ hierfür diesmal die Konferenz ein, traf selbst alle Vorbereitungen und schickte sogar den zweiten Vorsitzenden, Graßmann, persönlich als Oberleiter. Und die Rede konnte doch hoffentlich das letzte Mal. Denn was diese Konferenz an Gedanken der Spinnen der deutschen Gewerkschaftsbürokratie enthüllte, das muß auch dem letzten Proletarier zeigen, wozu die Rede geht.

Graßmann referierte über die wirtschaftliche und politische Lage und die 10 Forderungen des A.D.B. Nach einer schlechten Schilderung der bekannten realen Lage der deutschen Wirtschaft kam er auf die Forderung der „gutmachungsfrage“ zu sprechen. „Wir müssen sprechen“, mit diesen drei Worten war seine Rede eröffnet. Er meinte sich offenbar selbst als er später erklärte, der „Wahnsinn“ sei, mit möglichst wenig Mühe die Welt zu zerstören. — So wie Graßmann sein Referat begann, mit einer Verhöhnung der Kommunisten — er sagte: „Diese Gewerkschaften wollen die Entwicklung nicht rasch genug“ — so fuhr er auch fort. „In Anbetracht der schlechten wirtschaftlichen Lage Deutschlands und dem Verfall der kommunistischen Politik Sowjet-Rußland“ — so ist Graßmann:

„Es ist ersichtlich, warum die Positionen der Gewerkschaften sich auf den Gedanken einstellen, wir müssen die deutsche Wirtschaft wieder aufbauen, sobald sie preiswärtig ist.“

Seit über zwei Jahren haben die Gewerkschaftsführer die kapitalistische Wirtschaft „wieder auf“ mit dem Erfolge, daß sie weiter verfallt und dem Proletariat immer mehr in Armut und Elend verfallt. Von Marx und Engels haben wir gelernt, daß der Kapitalismus auf einer gewissen Stufe seiner Entwicklung sich in seinen eigenen Widerständen so verstrickt, daß er unüberwindlich verfallt, oder einer höheren Wirtschaft Platz machen muß. Wir Kommunisten haben, dieser von unseren Altmännern vorausgesetzte Postulat ist jetzt einzuwirken, und zwar aus folgenden Gründen: Der Faktor, der die kapitalistische Wirtschaft beherrscht, ist nicht die Vermehrung des Elends der Massen, ist keine Armut und keine Misshandlung und kein schmerzlicher Wunsch, die Wirtschaft wieder aufzubauen, sondern einzig und allein die Erzeugung von Mehrwert, von Profit und zwar möglichst beschleunigter Mehrwert. Das ist aber nur möglich, durch beschleunigte Akkumulation des aus der Arbeitskraft des Proletariats entstehenden Mehrwerts in arbeitendes Kapital, d. h. durch Erweiterung und Reproduktion der Wirtschaft, um neuen Mehrwert beschleunigt zu erzeugen. Jedes Land, wo heute diese Akkumulation für den Kapitalismus — international wie national — nicht mehr besteht und damit nicht auch die Mission von dem Proletariat zusammen, denn zum Wiederaufbau einer kapitalistischen Wirtschaft braucht man in der ersten Phase Kapital. Diese wollen aber nicht den Proletariats, sondern Vermehrung ihres Kapitals, ihres Profits. Und wenn sie aus dem Verfall der Wirtschaft mehr Profit ziehen, dann lassen sie sich nicht die Wirtschaft verfallen. Sie sehen nicht die für sie daraus entstehenden Folgen, denn hier eben die Frage, jeder unter anderen Hilfe, der die französische Wirtschaft von 1793 herab gab durch die Devise: Nach uns die Einstülpung!

„Dieser Artikel, der uns von der Rechten des kommunistischen Gewerkschafters“ zur Verfügung gestellt wurde, befindet sich in der nächsten Nummer des „A. Z.“ Wir empfehlen diese Zeitung allen in der Gewerkschaften tätigen Genossen, da sie stets eine Fülle von wertvollem Agitationsmaterial enthält.“

## Die Orgelesh marschiert auf.

Die „Freiheit“ vom 20. Juli meldet unter dem Titel: „Die Mühsal der Reaktion“: Die vorhandenen illegalen militärischen Verbände verfügen neben reichlichen Geldmitteln über einen gut durchdachten Machtwortplan. Sie müssen auch ausreichende Waffenbestände zur Verfügung haben. Wenn also jetzt immer wieder darauf hingewiesen wird, daß die Regierung ihren Verpflichtungen, die sie durch das Ultimatum übernommen hat, nachzukommen sei, so muß daran erinnert werden, daß die Erfüllung der Drohung ohne die reifliche Erlaubnis der geheimen Waffenbestände belanglos ist. Zudem ist die Erfüllung ja auch nur pro forma erfolgt. Die lokalen Verbände jedenfalls werden weiter. Zwar sind die Verbindungen mit der höchsten Zentralleitung abgebrochen worden, aber schon hat sich eine neue Zentralstelle gebildet, auf deren Anweisung hin die Ortsverbände ihren Namen wechseln. Sie legen sich eine neue Firma zu und betreiben das alte Geschäft weiter. In welcher Weise dabei verfahren wird, dafür mag folgendes Beispiel dienen:

Am Kreise Helsen, dem Machtwort des Herrn Mecke, hat sich die Orgelesh in einen Verband umgewandelt, der den Namen „Rehmolt“ trägt. Der Verband beschließt, sich der bekannten Organisation „Stahlhelm“ anzuschließen. Die Mitgliedschaften sind bereits im Gange. An der Spitze des „Rehmolt“ in Helsen steht ein Walter Tischer. Die Organisation ist in vier Abteilungen zu je 50 Mann eingeteilt, jeder Abt. verfügt über eine Maschinenmehrfachmaschine und über eine größere Anzahl von Waffen. Die Organisation bereit, sich ihre Führer auch nach dem Kreis Schmalz aus dem Ort Helsen zu verabschieden, die Ortsverbände jedoch die Organisation beibehalten. In Schmalz steht es den Rehmoltern an, die Organisation zu übernehmen. Ein Antrag an die Orgelesh, folgende Waffen zu beschaffen: 1000 Revolver mit je 50 Schuß, 200 Handgranaten, 40 Maschinenpistolen mit je 6 Trommeln zu je 50 Schuß, 40 Maschinenpistolen mit je 6 Trommeln zu je 50 Schuß, 40 Maschinenpistolen mit je 6 Trommeln zu je 50 Schuß, 40 Maschinenpistolen mit je 6 Trommeln zu je 50 Schuß.

Die Organisation „Rehmolt“ unterstellt gute Beziehungen mit der Orgelesh, eine ganze Anzahl von Schmalzern gehört der Organisation an und arbeitet an dem Aufbau mit.

Auch die Maschinen nehmen ihren Fortschritt. So wird uns aus Schmalz berichtet, daß der dort lebende Tischer ein Proletariat aufbauen hat, das sich 20 bis 25 in der Gegend, meist Schmalz, für eine Selbstschutzorganisation anstellt. Transparenz nach einem unbekanntem Bestimmungsort sind bereits abgegeben.

Auch die Waffenverteilung mehrten sich. So wurde auf dem Bahnhof in Schmalz am 15. Juli ein feindlicherer Arbeiter angeschlossen. Ein Proletariat für den Bauern war nicht vorhanden, sondern nur ein Proletariat ohne Anhaltspunkte des Transparenz. Es handelt sich um den Wagen Nr. 1741 mit dem Abgangsort Schmalz, Ziel Station Müll (Hannover). Gewicht 17000 Kilogramm. Der Wagon enthält nur Handgranaten.

Wir fragen, international wie national ist jede Voraussetzung für die Wiederrichtung der kapitalistischen Wirtschaft, d. h. für die beschleunigte Mehrwertproduktion. International ist zur Verbesserung des Mehrwerts der Handel mit nichtkapitalistischen Ländern nötig. Deutschland ist aber keine Kolonie und somit es nach Waren exportiert, tritt es als Schutzhändler gegenüber den anderen Ländern auf. Deutschland kann diese Schutzhändlerkurrenz nur bestehen, weil es die schlechtesten Arbeiterlöhne zahlt. Der Exportkapitalismus aber ist geneigt, um sich selbst zu erhalten, die deutsche Schutzhändlerkurrenz zu beibehalten. Er tut das mit allen kapitalistischen Mitteln. Einmal durch Kolonnen, zum anderen mit der Beteiligung an den deutschen Provinzen durch die Sanktionen und Wiedererrichtungsforderungen; er tut es aber auch durch die Versteigerung Deutschlands und selbst durch den Krieg (siehe Ruhrgebiet und Oberschlesien). Da Panische ist schon eine ernsthafte Bedrohung Deutschlands am Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft. — So will es der historische Widerspruch des Kapitalismus, daß gerade das, was für die höchsten Gänge der Nation bedeutet, für die Existenz der Nation ist. Und umgekehrt: Was für den Untergang der Nation ist, auch der Glaube der Massen und die Internationale an eine „internationale Verständigung“ tödlich getroffen.

Als international gesehen die „Mission“ des Wiederaufbaus schon eine verhängnisvolle Mission, so national noch viel mehr. Der heutige Kapitalismus ist national überhandt unumwollt. Er hat längst — mit dem Eintritt in die Epoche des Imperialismus — alle nationalen Schranken verloren. Soll er wieder national werden, so muß er zurückgehen auf eine längst überwundene Stufe. Das bedeutet aber nicht mehr und nicht weniger als mehrer Verfall der Wirtschaft und Aussterben von Millionen Menschen, damit die privatwirtschaftliche Wirtschaft bestehen kann.

Aber selbst wenn wir diese wirkliche Lage außer Acht lassen wollen und uns lediglich einfallen auf die Mentalität der Gewerkschaftsführer, ist die Theorie vom Wiederaufbau eitel Unfug. Wie soll die Wirtschaft bei der Versteigerung des Reiches und bei der niedrigen Kaufkraft der Massen wieder aufsteigen werden, wenn kein Arbeiter — und die Arbeiterklasse macht über neun Zehntel der Bevölkerung aus — die Ware kaufen kann. Höhere Löhne und billigere Preise sind aber in diesen kapitalistischen Staat einfach unmöglich zu erreichen, noch mit den Mitteln, wie sie die Menschheit erdient.

Abfender des Waggons ist ein Herr Zentner, Bräutigam, jedoch konnte keine Adresse in Westau nicht mitgeteilt werden. Von demselben Abfender stammen zwei Eisenbahnwagen, in denen verpackt, die Anfang Juli Eisenbahnern angehalten worden sind. Der Inhalt dieser Wagen ist Infanteriemunition war als Schrott zum Einschmelzen erklärt und hatte als Bestimmungsort Warschau. Einem besonderenbeauftragten der Eisenbahndirektion wurden diese Waggons

wieder freigegeben, aber nicht nach Warschau transportiert, sondern an einen unbestimmten Ort weitergeführt.

Selbstschutzorganisationen die sich der Auflösungsordnung widersetzen, befinden sich in Gagan, Sorau, Sommerfeld, etc. und Götlich.

Zu einem Verbandstag der Selbstschutzorganisationen Eisenach wurde den Herrschaften ein Extrazug zur Verfügung gestellt.

Ein weiteres Beispiel: In der Nacht vom 7. zum 8. 1921 wurde der Panzerwagen Nr. 424 von dem Kommandanten des Bahnhofs Kalkenberg, Herr Galle, als verlorene, der Wagen war von ostpreussischen und wolgastischen Soldaten in Kuppen bei Frankfurt a. O. angehalten worden. Der Wagen war von Ostpreussen, Nr. 7. 7. 21, in Ostpreussen zu erweisen, als sei er erst am 7. 7. 21 aus der Naturwerkstatt gekommen. Auf dem Proletariat war als des Wagens anzuweisen: Gewichte, Abfender war nicht in Ostpreussen, Bestimmungsort Ostpreussen. Der Inhalt des Wagens bestand aus Maschinenwerkzeugen, Maschinenwerkzeugen, Stahlwerkzeugen und Munition. Der Panzerwagen sollte sich in Ostpreussen befinden, erhielt jedoch den Eisenbahndirektion

Im Auftrag der Eisenbahndirektion Halle wurde für den Panzerwagen ein neuer Frachtbrief ausgestellt und der Wagen sofort freigegeben. Als Beleg für den Frachtbrief wurde ein Werkmeister beigegeben.

Die „Freiheit“ erwartet von der Regierung die Entziehung der Tracht und Verhaftung und Verlobung mit polnischen und französischen Fremdarbeitern.

Am kapitalistischen System gibt es keine Verständigung, keine Verständigung. Die Genossen sind unüberwindlich. Französische Kapital arbeitet auf die Vernichtung des deutschen. Die Leute von der „Freiheit“ lösen, wenn sie es machen wollen, daß das deutsche Kapital, solange es sich regen kann, einen Vernichtungskrieg nicht mit einem Anschlag zu beendigen versuchen wird. Jeder kapitalistische Krieg geht auf alle Fälle auf Kosten des Proletariats.

Was hat das deutsche Proletariat gegenüber dem Zentrum der Gegenrevolution zu tun? Nicht durch Verlobung und durch Verständigung, sondern indem es durch Vernichtung kapitalistischen Kapital die Voraussetzungen schafft für die Vernichtung und für Verständigung.

Wie weit das Unverständnis der Marx-Engeligen zeigt auch ihre Einstellung zu Sowjetrußland. Graßmann behauptete in Hamburg die Notwendigkeit „Wiederaufbaus“ der privatkapitalistischen Wirtschaft der Konfessionspolitik Rußlands. Rußland habe gezeigt, daß der Kommunismus nicht mit Gewalt aufgebaut werden könnte. — Sehen wir nun der Geschichte, die in der Feststellung des eigenen Verfalls des westeuropäischen Proletariats an Sowjetrußland liegt, ab, so stellt sich klar: Die Menschheit sehen alles nur durch eine Mission — die kapitalistische. Ob die deutsche Arbeiterklasse beherrschte Klasse ihren Herrschern Konzeptionen über die russischen Arbeiter als Herrscher der beherrschten Bourgeoisie — das ist für sie Sache die Sache, den fundamentalen Unterschied sehen sie nicht. Es ist daher nicht, wenn ein Parteifreund Graßmanns in der Diskussion erklärte:

„Wenn wir den wirtschaftlichen Sozialismus durchsetzen wollen, ist Voraussetzung, daß er auch in den anderen Ländern der Welt besteht.“

Rußland wird von den Menschewiken mit Schamlosigkeit und verächtlich, weil es Konzeptionen macht nicht allein den Sozialismus durchführt. Diefelbe Geschichte erklärt indessen in demselben Atemzuge, um deutschen Arbeiter von einer tatkräftigen Hilfe Sowjetrußlands abzuhalten: Deutschland allein kann wirtschaftlichen Sozialismus nicht durchführen. Für die „Logik“ der Menschewiken ist ebenso widersprüchlich wie ihr sozialistischer Kapitalismus!

Doch lassen wir das und wenden uns der Frage, was der A.D.B. in Hamburg dem Proletariat zum Wiederaufbau der Wirtschaft empfahl. — Graßmann behandelte auch die 10 Forderungen des A.D.B., d. h. er sprach nur die Forderungen 6 und 7. Diese Forderungen verlangen nämlich Kurzarbeit für dieollarbeiter, Arbeitslosen Arbeit zu geben. Allerdings enthalten die A.D.B.-Punkte die Forderung, daß zwei Drittel des Dienstausfalls den Kurzarbeitern zurückgestellt werden sollen. Wenn auch damit nicht das Arbeitslosenproblem gelöst wird, so ist doch der Gefahr einer lumpenproletarischen Verleumdung großer Arbeiterschichten vorbeugt. Aber davon sprach Graßmann nicht. Er empfahl die Kurzarbeit, ohne den zwei Drittel Dienstausfall zu erwähnen, obwohl er selbst den Proletariat



Erweiterung vom Lohn als unzulässig bezeichnet. Er ist sich also wohl bewußt, was Kurzarbeit bei entsprechendem Lohnausfall bedeutet. Doch wer wieder aufbauen will, ist in solchen Konsequenzen gezwungen. Er muß sogar das Vorhandensein eines ernsten Arbeitslosenproblems leugnen. Wie könnte sonst Graxmann in Hamburg empfehlen, den Arbeitslosen als Lösung der Arbeitslosenfrage zu sagen: „Sie sei eine internationale Krankheit, die in anderen Ländern noch bedeutend größer ist.“ Mit diesem Trost glaubt ein Gewerkschaftsführer die Erwerbslosen über das Massenelend und Massensterben zu beruhigen. Das Aufbegehren der verzweifelnden Arbeitslosen ist für diese Herren nur eine Folge kommunistischer Begehr.

Wenn die Erwerbslosen Tag für Tag dazu verurteilt sind, die wohlwolligen Lehren ganz besonders rabulater Elemente in sich aufzunehmen, ist es verständlich, wenn auch der folsche Teil der Arbeiterschaft allmählich moralisch vor die Hunde geht.“ (Fortsetzung folgt.)

## Politische Uebersicht.

### Rechtssozialistische Intenstschpolitik.

Die Rechtssozialisten verspüren wieder einmal etwas von einem dumpfen Grollen der Unzufriedenheit in den Tiefen der Massen. Alle Arbeiter ohne Unterschied der Parteirichtungen sind auf sie empfindlich und erbittert über die schamlosen Organe der weißen Fäulnis, die der sozialdemokratische Reichspräsident Ebert unter Beachtung der Reichsverfassung aus der Laube gehoben und die die SPD-Fraktion im Reichstag ausdrücklich sanktioniert hat. Deshalb muß man um jeden Preis die durch die Wahllosigkeit der Bismarckteile der Sondergerichte aufgeweckten Brocken wieder zu beschwichtigen suchen. Gilt es doch, vor allem zu verhindern, daß die rechtssozialistischen Arbeiter sich mit den Kommunisten zusammenfinden zu einem wirklichen Kampfe gegen die herrschende Justiztyrannie. Aus diesem Grunde und vor allem, um die Aufmerksamkeit der Arbeiter von dem bisherigen Programmverrat ihrer Partei wie von der nunmehrigen programmatischen Preisgabe aller proletarischer Forderungen abzulenken, veranstaltet die SPD-Regie zurzeit wieder einmal ein löcheriges Schmeicheleien gegen die Klassenpolitik. So schreibt zum Beispiel die „Welt“ in Frankfurt am Main:

„Die Frage, wer die Rechte sprechen soll, ist eine reine Machtfrage. Wir haben die Pflicht, das zu vier Fünfteln aus proletarischen beherrschende Volk zu betragen, ob es die Gerechtigkeit der Klassenpolitik noch länger ertragen will oder nicht. Wir verlangen vom Parteivorstand, daß er sofort eine Kommission zur Vorbereitung eines einwandfreien Gerichtsverfassungsvertrages einberuft, das uns die Diktatur der Schöffen und Geschworenen bringt und die Justiz in den Strafgerichten auf das unvereinbarste Maß herabbringt, das aus Gründen der juristischen Arbeitsteilung nötig ist. In Justiz und rechtssozialistischen Kreisen, die nicht nur ein brautbares Gerichtsverfassungsvertrages ausarbeiten können, das die höchstmögliche Garantie für eine gerechte Rechtsprechung gibt, fehlt es uns nicht. Wenn die Partei diese Aufgabe nicht zu lösen bereit ist, wissen alle Klagen, alle Entrüstungsformeln über die Klassenjustiz bald lächerlich zu werden. Wenn wir die heutige Justiz nicht wollen, müssen wir Klarheit über den Ausdruck bringen, welche Rechtsfolge wir dem deutschen Volke an Stelle der jetzigen empfehlen.“

Was das nicht alles enthält! Die Welt es aber mit der Preisgabe der SPD-„Arbeiterpartei“ hat es trotz der klaren Beschränkung ihres Programms und trotz ihrer bisherigen eigenen Erfahrungen in der Fortschrittlichkeit in den Reichstagsreden unter Führung der U.S.D.-Bolschewisten zu verhindern gesucht, daß der Klassenkampf der sozialistischen Deutschland verfallend oder wenigstens auf eine weniger proletarische Grundlage gestellt wurde.

Es ist bekannt, daß der Reichspräsident Dr. Landsberg sich mit Mühen und Klagen für das Ansehensverlustspiel des Richtertums eingesetzt hat. Ebenso ist bekannt, daß der Vizepräsident Kappeler im Reichstag und die rechtssozialistische Fraktion im preussischen Landtag sich ebenfalls mit Empfinden für dieses Prinzip des Klassenvertrages ins Zeug gesetzt haben, obwohl die Justiz hier sich nie zuvor so schamlos entblößt hatte, wie in dieser Zeit. Sie alle konnten ungefragt und ungerührt den Kopf ihres Erfinders Programms: „Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter“ mit Füßen treten. Und jetzt legt die SPD in ihrem neuen Manifestprogramm den Schwerpunkt unter ihren bisherigen Arbeiterverrat. Sie legitimiert ihn, indem sie den zitierten Satz des Erfinders Programms durch folgenden „demokratischen“ Teufelschrei ersetzt: „Zurückweisung gewählter Volksrichter in allen Zweigen der Justiz.“

Die SPD will also von einer Wahl der Richter durch das Volk nichts mehr wissen. Obwohl dies das einzige wirksame Mittel darstellt, um die unbändige Machtmacht im Richtertum, die eine und letzte Ursache der schamlosen Justiz, auszurufen, Richter, die nur auf befristete Zeit gewählt sind, müßten sich, sofern sie ihre Existenz behalten wollen, wohl oder übel in ihrer Rechtfertigung dem Empfinden der breiten Massen anpassen, können also nicht so ungehindert wie heute das Proletariat zugunsten des Selbstzweckes vergewaltigen. Das weiß auch die SPD ganz genau. Und gerade deshalb will sie um jeden Preis diese Grundzüge der Klassenpolitik erhalten. Um aber ihren neuen Verrat zu verdecken, sucht sie die Massen irreführen durch eine Verwirrung ihres Programms. Darin ist nicht mehr die Rede von der Wahl der rechtfertigenden Richter durch das Volk, sondern nur noch von der „Wahl“ gewählter Volksrichter. — Und wie diese Wahlwirkung gebracht ist, zeigt das Amt aus der Frankfurter „Weltstimm“ auf das eindeutige. Hier wird nur noch die arbeitervereine obligatorische direkte Wahl der Schöffen und Geschworenen gefordert, während die Privilegien des Berufsrichtertums unangeführt bleiben sollen.

Diese Preisgabe einer alten proletarischen Forderung bedeutet erneut Verrat den panischen moralischen Niedergang der SPD. Sie erhebt aber auch zu jeder Zeit den Anspruch auf die Schwere der radikalen Lüge, die die SPD-Regie zurzeit angedeutet. Denn wer die Klassenjustiz wirklich bekämpfen will, muß ihr den Boden unter den Füßen wegschlagen. Dies kann nur dadurch geschehen, daß die Richter durch das Proletariat gewählt werden. Wer dies nicht will, wer es absieht, läßt für diese elementare Forderung der Demokratie zu kämpfen, trägt die volle Verantwortung für die Schmach und Schandhaftigkeit die die Arbeiterklasse erleiden muß aus dem Grund, aber die großen und allerschwersten Samen der Bourgeoisie freizulegen und jähren. Wir sind gespannt, ob die rechtssozialistischen Arbeiter auch diese Preisgabe einer alten sozialdemokratischen Forderung durch ihre Führer ruhig hinnehmen werden.

### Die Kommunisten in Oberschlesien.

Die kommunistische Presse, voran die Berliner „Freiheit“, hat in ihrer letzten Nummer berichtet, wonach die kommunistische Partei Oberschlesiens seitlich und organisatorisch während des Jahres verfallend habe. Größere dieser Verfallenserscheinungen veranschaulicht ein Artikel aus der „Welt“ in Glatz, in dem die Haltung der KPD während des Jahres geschildert wird. Wir bemerken dabei, daß der Artikel durch die Fehler der Zentrale stark verkrüppelt worden ist. In dem Artikel heißt es:

„Glatz und alle die junge kommunistische Partei Oberschlesiens war es, die in zahlreichen öffentlichen und Betriebsversammlungen mit knisternder Eiferheit die kommenden Ereignisse vorausgesagt, daß es nicht nur die Freiheit, die KPD, der Arbeiterpartei, sondern auch der Arbeiterpartei, die die Arbeiter der Welt, den sie geben müßten in politischen, wirtschaftlichen, sozialen, daß auch der Klassenkampf der Kampf um das Recht der Arbeiter auf die Produktion der Produktion von den Händen der Arbeiter zu werden, mußte.“

waren mit Duesch, Kolanda, Kondaranan und Maschinenbewerker bezeugt. Polen-Korantia trug seinen Vorschlag vor, die Tore des Proletats vor. Deutschland, auf die Einmündigkeit sich stützend, sollte im letzten, durch seine Protesten den unheimlichen Sinn zu lockern, hoffend, daß es bei den mühsam erkämpften Ententezeiten zu einer Spaltung kommen würde. Erst nach der Enttäuschung, als schon alle Telle weggeschwommen drohten, ließ Hofer seine eilig herbeigerufenen Mannen marschieren.

Die kommunistische Partei Oberschlesiens verlor anfangs den Mut, der zu einem nationalistischen ausgerichtet war, in ein revolutionäres Jahrgang zu lassen, indem sie alle Betriebsräte mehrere Male zu Konferenzen nach Zabrze einlud, um den Terror zu brechen und in der Arbeiterschaft das Massenbewußtsein wachzurufen. Infolge des blutigen Terrors Korfaujs und seiner Sozialmittel, und auch durch die Ermüdung des gesamten Betriebs blieb der Erfolg aus. Die Teilnehmer an dem Kongreß waren nur aus der nächsten Umgebung erschienen.

Korantia, dem schlaun Fuchs, blieb die Aufklärungsarbeit der Kommunisten nicht verborgen, und die Gefahr, die seinem Unternehmen drohte, war nicht zu unterschätzen. So legte er seine Schergen gegen die Führer der Arbeiter. Mehrere der besten Genossen sind diesen Handlungen zum Opfer gefallen. Die meisten wurden gefoltert, viele wurden aus den Betrieben und Wohnungen geholt und aufs grausamste mißhandelt. Die Arbeiterschaft war ihrer besten Führer beraubt.

Was taten die Führer der deutschen Gewerkschaften und der P.S. im Aufstandesgebiet? Statt den Arbeitern den Weg zu weisen, sandten sie eine Beileidkommission nach der anderen nach Opatowitz mit Kammerieren und Flehen um Schutz für die Sicherheit ihrer Schäflein. Nicht nur dies, in den meisten Betrieben schloffen sie sich den Terroristen an, um die verhafteten Unionisten und Kommunisten auszurotten.

### Das Spiel der Diplomaten in Oberschlesien.

Die französische Regierung hat bereits auf die am 20. Juli eingetragene englische Note in der ober-schlesischen Frage geantwortet. Sie betont die Notwendigkeit der Erhöhung des Effektivbestandes der Truppen in Oberschlesien und stützt sich dabei auf eine Mitteilung der alliierten Kommissare an die Bolschewikenkonferenz, in der ausgesprochen wird, daß die alliierten Streitkräfte in Oberschlesien von 2.000 auf 50.000 erhöht werden müßten. Frankreich verlangt weiter, daß die Sachverständigenkonferenz, die aus einem Diplomaten, einem Juristen und einem Ingenieur bestehen soll, am kommenden Montag zusammentrete. Die Konferenz in Boulogne müsse durch die Sachverständigen vorbereitet werden. Es widerspricht sich nur der Fortsetzung der Laogung des Obersten Rats am Ende des Juli, sie halte ihre Vertagung auf einen späteren Termin für notwendig. England beharrt dagegen auf seinem Standpunkt.

Nordbrunnen bringt die französische Tages-Agentur alarmierende Nachrichten über Kampfparbereitungen der Orde in Oberschlesien. Danach sollen Koppeln und Patrouillen-Divisionen in Danzig über eine bewaffnete Aktion beraten haben. Weiter wird aus Paris berichtet, daß die Lage in Oberschlesien gefährlich sei und innerhalb der nächsten 48 Stunden eine Krise ausbrechen könne.

### Neue Funde versteckter Orgejschrauben

Frankfurt a. M., 21. Juli.

W.S. meldet: In dem Waffenschatz in der Wöhlerstraße teilt der Polizeibeamte mit: Die Durchsuchung der Räume hat ergeben, daß ein früherer Student von einem Anz. Kisten nach dem Keller transportiert ist. Ferner befanden sich dort 60 Kisten Infanteriemunition und 8 Benzintanks mit 400 Gewehren. Nach den Angaben des inzwischen verhafteten Schulmeisters sind diese Tanks von einem Studentat dorthin gebracht worden mit der Absicht, es seien Steine für das Schenkensbergische Museum darin. Die Unterleutnant bei dem Studentat förderte erhebliches Materialmaterial zutage, außerdem gewisse Anhaltspunkte für das Bestehen einer Organisation und sonstiges, eine Reihe bekannter Persönlichkeiten betreffendes Material. Der Gang der Untersuchung ergab, daß mehrere Gewehre versteckt sein mußten. Das führte zu einer Unterleutnant in einem Lokal auf der Hundswiese, wo über 500 Gewehre und 40 Kisten Munition gefunden wurden.

Daß die Orgejschrauben bisher noch nicht daran gedacht hat, zu entschlüsseln, daran zweifelt kein Arbeiter. Das konnte nur eine Wirtin-Konferenz bezeugen. Die Arbeiter aber mühen die Augen offen halten und sich nicht überfahren lassen. Denn bereit sein ist alles!

### Deutschvölkische Flaggenpropaganda.

Den günstigen Ausfall der Abstimmung in der Flaggenfrage im Reichstage benutzen die Reaktionäre, um bei jeder sich bietenden Gelegenheit Propaganda für die schwarz-weiß-rote Fahne, das Symbol ihrer reaktionären Bestrebungen, zu machen.

Auf Vorstern veranstalteten die Deutschvölkischen eine große Demonstration, hielten Reden und heizten den „schwarz-rot-goldenen Wapp“ der Republik heranzu. Auch Reichswehrsoldaten beteiligten sich an der Wiederholung der Fahne.

In Kottbus stellte sich der deutschvölkische Professor Stahlberg in den Dienst der Flaggenpropaganda und hielt vor Studenten einen Vortrag über „Die deutsche Fahne und die deutsche Farben“. Als nach dem Referat der Gewisse Jungmann eine Anrede hielt, und die anwesenden Kommunisten die rote Fahne enthielten, fiel der deutschvölkische Studentenvorüber über unsere Genossen her. Es gab eine wilde Krawalle, bei der mehrere Studenten gehörig verprügelt wurden. Die bürgerliche Presse enthielt die Vorgänge, indem sie behauptet, die Kommunisten hätten die Studenten angegriffen. Unschwer dürfte ein Schuß daraus werden. Als die Fahnenkämpfer sich beruhigt hatten, verließen unsere Genossen die Versammlung mit wehender Fahne und unter Abjagen der Internationalisten.

### Sätleger der Danziger Ziegeleien.

#### Produktionsparalyse oder Lohnabbau?

Der kapitalistische Behauptung wird täglich widerlegt durch die Tatsache, daß in der letzten Zeit der Produktionsanstieg und der Umsatz über den „Wiederaufbau“ tatsächliche Feuerbezeuger mit dem Gedanken ausgehen, ihre Produktion einzustellen. Die „Reaktionäre“ „Marxist“ Zeitung“ meldet aus Danzig:

„Der enorme Arbeitsmangel in den hiesigen Ziegeleien und Kalkbrennereien ist von den Arbeitern erkannt worden. Der Verband der Ziegeleiarbeiter im Gebiete des Grenzlandes Danzig tritt dazu mit, daß die Maßnahmen durch die gewerkschaftliche Anwaltschaft des Staats veranlaßt werden. Seit einiger Zeit erteilt der Staat ausnahmslos Einreisebewilligungen für polnische Arbeiter. Die polnischen Ziegeleien sind infolge wirtschaftlich billigerer Preise für Holz, Kohlen und Materialien in der Lage, die Ziegel in Danzig zu verkaufen, die nicht unter den Selbstkosten der Ziegel in den hiesigen Ziegeleien liegen. Während die Selbstkosten der Ziegel im Grenzland in der Größe, Betriebsart und Lage zwischen 40 und 400 Mk. schwanken, können die Polier ihre Ziegel lösen für 300 bis 350 Mk. abgeben, wobei sie noch einen Gewinn haben, als die hiesigen Ziegeleien bei Verkaufserlösen von 40 bis 500 Mk. Da die Ziegeleien nicht mit Ziegeln arbeiten können, werden sie ihrer Arbeit einstellen.“

Dieses Zeugnis ist ein weiteres Stück der Arbeiterpropaganda, wonach die Arbeiter die Ziegel einstellen werden, wenn sie in den Ziegeleien einstellen werden.

Insbesondere jetzt die Nachkriegszeit, muß es nicht, wenn Arbeiter eines Landes zwecks „Wiederaufbau“ ihrer nationalen Wirtschaft zu Hungerlöhnen arbeiten. Die polnischen Arbeiter werden in diesem Fall zu Hungerlöhnen von der Danziger Arbeiterschaft; das Ende dieses ist die totale Verelendung aller zusammen. Für die Arbeiterschaft gibt es nur eins: Solidarischer Kampf für die Interessen der internationalen Arbeiterschaft. Hier wäre ein dankbares Gebiet für die Betätigung der Amsterdamer Internationalen.

### Generalstreik in der Rheinschiffahrt.

#### Bewaffnete Streikbrechergarden.

Der Streik in der Rheinschiffahrt ist trotz allen Bremsversuchen der Gewerkschaften in vollem Gange, ja, er hat sich nach den letzten vorliegenden Meldungen noch verschärft. Nach einer Meldung aus Koblenz ist auch das Deckpersonal in den Streik getreten. Wie aus Duisburg gemeldet wird, hat das Schiffspersonal der Niederrheinischen Kehler, das gleichfalls im Ausstand ist, einen streikpolizeilichen Dienst eingerichtet. Daraufhin hat sich auch das Heizer- und Maschinenpersonal der Hafen-Schleppdampfer in den Ruhrhäfen aus Sympathie dem Ausstand angeschlossen. Infolgedessen ist der Verkehr vollkommen stillgelegt. Allein Ansehen nach wird der Streik auch auf die holländischen Schleppdampfer übergriffen. Hiermit würde die ganze Rheinschiffahrt zum Stillstand kommen.

Bewaffnete Ententeboote (Vendel) verfolgen das Verlangen der Schiffahrt zu zwingen, die Fahrt fortzusetzen. Trotzdem sie mit allem Terror vorgehen, haben sie bis jetzt so gut wie gar keinen Erfolg gehabt.

### Ausland.

#### Die Hungersnot im Wolgagebiet. Umfassende Hilfsmaßnahmen.

Im allrussischen Zentral-Exekutivkomitee wurde eine besondere Hungersnotkommission gebildet, die einen Aufruf an alle Gouvernementsregierungen erläßt. Dieselben haben unverzüglich Daten zu sammeln und Bericht zu erstatten, wieviel Saatweizen die verschiedenen Gouvernements entbehren können, um die von Hungersnot betroffenen Gebiete zu versorgen. Desgleichen sollen sie auch Arbeitsgelegenheiten für die hungernden Bauern des Wolgagebietes angeben.

Der allrussische Gewerkschaftsrat hat der Aufforderung der Regierung, den von der Mähernte betroffenen Wolgadistrikten Hilfe zu leisten, rasch entsprochen, indem er beschloß, ein Drittel der gewerkschaftlich organisierten für das Hilfswerk zu organisieren. Der Zentralgewerkschaftsrat hat auch die örtlichen Gewerkschaften angewiesen, von dem gemeinsamen Warenfonds möglichst große Mengen Manufakturwaren für die von der Hungersnot betroffenen Gebiete zu bewilligen.

Aus allen Teilen Russlands laufen Meldungen ein, daß die Bewässerung in proletarischer Solidarität den durch Mähernte Betroffenen zu Hilfe kommt. Jeder gibt was er kann. Die roten Soldaten haben zugunsten der hungernden Bevölkerung des Wolga-Rajons zwei Wochen lang auf ein halbes Pfund ihrer täglichen Ration verzichtet, sowie auf ihre Orientierung. Die Textarbeiter des Scholniktrajons von Moskau haben zugunsten der Hungernden auf den auf sie entfallenden Teil der Naturprämien verzichtet und lassen ihnen außerdem noch zwei Prozent ihres Arbeitelohnes zukommen. Die Arbeiter und Angehörigen der eichelförmigen Kraftwerke haben eine Sammlung eingeleitet und den Hungernden außerdem ihre zweitägige Lebensmittellieferung überlassen.

### Schwere Ausschreitungen in Posen.

(D.N.) Posen, 20. Juli.

Nach einer von der polnischen Arbeiterpartei einberufenen Versammlung kam es auf dem Allen Markt in Posen zu sehr schweren Ausschreitungen. In der von etwa 30.000 Personen besuchten Versammlung hatte der Sejmabgeordnete Nader den Rücktritt des polnischen Ministerpräsidenten und des Ministers für das ehemals preussische Teilgebiet gefordert. Ein anderer Abgeordneter hatte sich gegen die Einführung des Freihandels ausgesprochen, und ein dritter Redner verlangte eine bessere Organisation für die aus Deutschland zurückkehrenden Polen. Schon während der Versammlung kam es zu tätlichem Vorgehen gegen die Polizei. Nach der Versammlung wurden am Allen Markt eine ganze Anzahl von Geschäften demoliert und geplündert. Der Schaden belief sich auf weit über eine Million Mark.

Aus diesen Meldungen geht hervor, daß in der ehemaligen Provinz Posen die Bewegung noch völlig in den Händen von Kleinbürgern sich befindet. Es wird die Aufgabe der kommunistischen Partei Polens sein, die lokalen Unruhen zu einem revolutionären Klassenkampf zu steigern.

### Ein Arbeitermassaker in Wien.

Am vergangenen Sonnabend begannen die Reaktionäre den Wiener Stadtteil Hernalz in einer monarchistischen Demonstration. Die Arbeiterschaft, die sich dieser Demonstration nicht gefallend lassen wollte, beschloß, eine Gegenemonstration zu veranstalten. Ein riesenhaftes Aufgebot von Polizisten wertete den Weg der monarchistischen Demonstranten ab. Als der Zug der Reaktionäre den Elternplatz passierte, brachen die zahlreichen versammelten Arbeiter in Bismarck aus. Darauf begannen die Polizisten mit ihren Säbeln auf die Arbeiter einzuhauen. Viele Arbeiter wurden niedergeworfen und blutiggeschlagen, einige schwer verwundet. Selbst gegen einzelne zerstreute Arbeitergruppen und tugendliche Demonstranten gingen die Polizisten in brutaler Weise vor; sogar Lastautos wurden gegen die Arbeiter angefahren.

Die Wiener „Rote Fahne“ bemerkt zu dem Arbeitermassaker durch die Wiener Polizei, daß die Schurkerei der Schobergarde in Hernalz kein zufälliges Ereignis ist. Die Brutalitäten der Polizei entspringen in klassischer Weise aus dem demokratischen Republikanismus. Wenn die Arbeiter dagegen protestieren, daß wirklich soziale Bürger und die Arbeiter der Frontkämpfervereine in Arbeiterbezirken ihre Paraden abhalten, die eine offene Provokation der Massenbewegten Arbeiter darstellen, dann hat die Schober-Polizei zur Stelle und geht mit blanker Waffe gegen die Arbeiter vor. Hat man es jemals erlebt, daß gegen eine Versammlung ausgebreiteter Arbeiterbewegung die Polizei mit blanker Waffe einmarchiert wäre? ... Es gibt in dieser Republik eine Freiheit, aber nicht die Freiheit der Arbeiter, sondern die zügellose Freiheit aller Ausbeuter und Halunken.

### Die Selbstständigorganisation des italienischen Proletariats.

Nach dem Beispiel Roms haben sich auch in Spezia die „Arbitri del popolo“ zu einem Bataillon organisiert. Die Selbstorganisation des Proletariats will nicht aggressiv vorgehen, aber mit jedem Mittel den Attentaten der Faschisten ein Ende bereiten. In den Organisationsarbeiten nehmen auch Kettenspezifizierte teil. Die römische Sektion der kommunistischen Partei hielt eine Versammlung über die Stellungnahme zur neuen Organisation der Faschisten. Die Sektion sprach ihre lebhafte Sympathie für die Organisation aus, die den Kampfeswillen des Proletariats bezeugt.

In Rom sind mehrere Volksabteilungen, darunter der Feuertank „Geronzi“, verhaftet und später wieder freigegeben worden. Geronzi führte aus, daß mit ihm zusammen viele Mitglieder der „Arbitri del popolo“ (Arbeitsabteilungen) während des Jahres mit den Faschisten in die Verhaftung abgeführt wurden. Die Sektion der Arbeiterschaft verteidigte sie.



# Streik der Grubenbeamten und Bergleute im Wurmrevier.

Im Maderer Bergrevier ist eine große Lohnbewegung ausgebrochen. Bereits im Januar war die Arbeiterschaft des Wurmreviers in eine Lohnbewegung eingetreten, um eine Besserung ihres elenden Lohnes dadurch zu erzielen, daß der Tarif der für die Ruhrbergleute gilt auch im Wurmrevier Gültigkeit erlangen sollte. Die Bewegung verlief jedoch erfolglos, da die Bergarbeiter von keiner Seite unterstützt wurden. Der Arbeitsminister verwies sie auf das Ableisten von Überstunden, wenn sie mehr verdienen wollten.

Jedoch traten kürzlich die Angestellten und Fördermaschinen in den Ausstand, weil sie von den Bergherren mit ihren Forderungen ebenso brutal abgewiesen wurden wie die Bergleute. Die Forderung war, die Fördermaschinen durch ungeübte Maschinenisten und Bergschüler zu ersetzen. Begreiflicherweise konnten die Bergleute sich solchen Leuten nicht anvertrauen, sie erklärten in ihrer großen Mehrzahl, sich unter dieser ungeheuren Gefahr nicht einschreiben lassen zu wollen. Trotz dieser gefährlichen Zustände empfahl der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter den Arbeitern auf der Zeche Anna 1 und Mariadorf anzufahren!!

Die Arbeiter von Mariadorf sind dem Betrieb ferngeblieben, während auf Anna 1 zwei Drittel Streikbruch übte. Der Vertrauensmann der Christlichen, Paulsen, forderte Montag früh wiederum die Bergleute auf, anzufahren. Hier liegt entweder Leichtsinns, Dummheit oder Bestechung vor.

Die beiden Unionen (Gelsenkirchen und Syndikalisten) berufen sofort ihre Funktionäre zusammen. Es wurde beschlossen, sofort an die Gewerkschaften heranzutreten, um ein einheitliches Handeln zu ermöglichen. Vom alten Bergarbeiterverband wurde dies abgelehnt, während die Bezirksleitung des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter überhaupt nicht antwortete. Es wurde daraufhin am Sonntag eine öffentliche Bergarbeiterversammlung auf der Sportwiese nach Lisdorf einberufen, die von 3000 Bergleuten besucht war. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

### Resolution:

Die am 17. Juli 1921 auf der Sportwiese zu Lisdorf tagende öffentliche Bergarbeiter-Versammlung, welche von ungefähr 3000 Bergarbeitern aller Berufsorganisationen besucht war, erklärt, nicht eher die Arbeit aufzunehmen, bis die Angestellten und Fördermaschinen ihren Forderungen nachgegeben haben, um das Wurmrevier vor Mangel an Kohle, wie Roden, Radbod und Mont Ceus zu bewahren. Mit Verachtung gegen die Kameraden, welche durch Streikbrecherarbeit dem Revier helfen, die eigenen Arbeitsbedürfnisse niederzuringeln. Mit dieser Entschlossenheit nimmt die Versammlung Kenntnis von der Stellungnahme der Bezirksleitung des alten Bergarbeiterverbandes - Wochen (Bezirksleiter Schlöffer), wonach dieser es ablehnt, die Einheitsfront in der gesamten Arbeiterschaft herzustellen.

Die Versammlung fordert daher in diesem Kampf, der für die Arbeiterschaft ein Abwehrkampf gegen den kapitalistischen Wurm auf das Leben und die Gesundheit der Kameraden ist, die Einführung des Kohlentarifs für das Wurmrevier. Infolgedessen soll für uns Arbeiter: 1. Solidarität den Bergleuten und Angestellten gegenüber, 2. Einführung des Kohlentarifs für das Wurmrevier. Ehe diese Forderung nicht erfüllt ist, wird die Arbeit nicht wieder aufgenommen.

Von dieser Forderung ist die Beizustellung des alten Bergarbeiterverbandes sowie des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter in Kenntnis zu setzen und aufzufordern, mit der gesamten Arbeiterschaft Hand in Hand zu gehen, respektive zur Durchführung dieser Forderung und Sicherstellung des Steues die gesamte Bergarbeiterchaft Deutschlands zum Kampf aufzurufen.

Eine Anzahl Vereinsversammlungen, die am Sonntagabend und Montag in verschiedenen Orten stattfanden, stimmten ebenfalls dieser Resolution zu.

Durch diese schnell um sich greifende elementare Bewegung sehen sich die Gewerkschaften jetzt doch gezwungen, sich der Bewegung anzuschließen. Es ist jetzt die Einheitsfront der gesamten Arbeiter herzustellen.

Der Ausstand wird von den Bergleuten geschlossen und befristet durchgeführt. 300 Arbeitswillige, die mit der Kleinbahn in Lisdorf ankamen, kehrten nach einer Verständigung wieder um und verließen Lisdorf unter dem Vorwand der Streikenden. Die Frauen der Bergleute stehen den Männern ebenfalls zur Seite. In allen Versammlungen wurde ein Appell an die Ruhrbergleute gerichtet. Solidarität zu üben und auf dem Boden zu sein.

Die Streikenden sind entschlossen, den Kampf so lange fortzusetzen, bis die Forderung der Einführung des Kohlentarifs auch für das Wurmrevier erfüllt ist.

# Gewerkschaftliches.

## Zur Lohnbewegung der Buchdrucker.

Es ist begreiflich, daß die Erregung der Buchdruckergehilfen über den schroff ablehnenden Standpunkt der Unternehmer bei den letzten Verhandlungen des Tarifauschusses ungeheuer groß ist. Es ist nicht nur wieder die Tatsache zu verzeichnen, daß die Institution der Tarifgemeinschaft, der Tarifauschuss, vollständig verlagert hat, die Unternehmer gingen so weit, den Schiedsspruch des vom Reichsarbeitsministerium eingese-

ten Schlichtungsausschusses brutal abzulehnen, obwohl die Gehilfen, beeinflusst durch die Haltung des „Korrespondenten“, sich bereit erklärt hatten, sich noch einmal mit den minimalen Zugeständnissen zufriedenzugeben und sogar die bedeutenden Verschlechterungen mit in den Kauf zu nehmen. Die Buchdruckergehilfen haben sich also, wie jede andere Arbeiterkategorie, die nicht so gut organisiert ist, wie die Buchdrucker und das Blindenwerk einer Tarifgemeinschaft nicht kennt, es tun kann, an das Reichsarbeitsministerium wenden müssen; dabei mußten sie die Erfahrung machen, daß die Prinzipale sogar auf solche Schiedssprüche pfeifen, wenn sie ihnen nicht genug Vorteile bringen. Kein Buchdrucker wird sich des Gefühls erwehren können, daß in nächster Zeit große Kämpfe unvermeidlich sind.

Schwerer ist es, unter diesen Umständen die Haltung des „Korrespondenten“, des Organs des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, zu betrachten. In seiner Nr. 82 vom 19. Juli tut er in einem Artikel „Widersprüche“ sein Möglichstes, um abzumildern: „Wohin ist die stolze Haltung der einstigen Monjere der Arbeiterschaft? In seinem Bestreben, die Gehilfenheit vom Kampf abzuhalten, stellt der „Korr.“ Vergleiche an, mit den Resultaten der Lohnbewegungen anderer Arbeiterkategorien. Er vergleicht den großen Buchdruckerverband, in dem mindestens 95 Prozent aller Gehilfen organisiert sind, mit den Berliner Kohrlegern, einer Arbeitergruppe von 4000 Mann, mit den Bankangestellten, die sich erst in jüngster Zeit eine einloermachen, kampffähige, freie Gewerkschaft geschaffen haben, die unter ungeheuren Schwierigkeiten zu kämpfen haben gegen die selben Organisationen, gegen den Standesdünkel und gegen eine große Zahl in ihren Beruf hineingeworfenen Offiziere a. D., zurzeit Orgehschaffiziere in Zivil. Und als dritte Kategorie müssen die Lithographen und Stein drucker herhalten, obwohl jeder Buchdrucker weiß, daß gerade der Stein druck zurzeit am tiefsten darnieder liegt und somit keinen Bereich ausmachen kann mit dem gut beschäftigten Buch druckerelawerbe.

Anstatt als Antwort auf die unannehmerliche Propaganda der Unternehmer die Buchdrucker zur Kampfbereitschaft aufzurufen, wird von vornherein flau gemacht. Typisch ist folgende Stelle:

„Um die Entschädigung für Kurzarbeit wird jetzt schon förmlich Krieg geführt. Die Gehilfenvertretung hat sich für ihre Beibehaltung ins Recht gestellt; hatte aber das Bewußtsein, für eine verlorene Position zu kämpfen. Nachdem uns mit der nach aussicheren geteilten Stellung dieser Frage die besten fortgeschritten sind, war die Hoffnung nicht groß, wenigstens ein Übergangsstadium durch einseitige Weiterzahlung zu schaffen.“

Was die Vertreter der Gehilfen halten das Bewußtsein, für eine „verlorene Position“ zu kämpfen, als sie die Forderungen der Entschädigung für Kurzarbeit vertreten. Es ist dieselbe Forderung, die der DGB in seinen 10 Punkten für die Allgemeinheit gefordert hat, für die er kämpfen will. Es ist einfach klammheimlich, wenn man in dieser Situation erklärt, daß man den Kampf um diese Forderung aufgibt.

Wir gehen zu, daß die Redaktion des „Korrespondent“ mit ihrer Schreibweise so lange im Recht ist, als die Mehrheit der Buchdrucker im Verband hinter ihr steht. Angesichts der Tatsache, daß trotz der Beschlüsse des „Korrespondent“ die Buchdrucker verschiedener Orte in ihrer äußersten Not zu ähnlichen Aktionen schreiten wollen, muß es als ganz unwahrscheinlich bezeichnet werden, daß die Mehrheit der Buchdrucker den Standpunkt ihres Verbandes nicht ablehnen wird. Die Unterzeichner müssen sich darüber keine Täuschung hinziehen. Wenn sie weiterhin auf ihren brutal ablehnenden Standpunkt beharren, können sie unliebsame Überraschungen erleben. Die Buch drucker werden dann zeigen, daß sie auch kämpfen können.

## Zum Staatsarbeiterstreik in Bremen.

Staatsarbeiterstreik. In Bremen stehen die Staatsarbeiter vor dem Streik. Sie verlangen eine Lohnzulage von 60 Prozent pro Stunde. Wenn bis Freitag, den 22. 7. keine telegraphische Zulage von Berlin erfolgt ist, werden die Staatsarbeiter in den Streik treten. Sie sind, armiert durch die schrecklichen Erfahrungen des vorläufigen Staatsarbeiterstreiks, diesmal entschlossen, rückwärts los vorzugehen und nicht wieder zu warten, bis die Technische Hilfslie organisiert ist.

## Generallstreik der Landarbeiter in drei tschechischen Bezirken.

Aus Klado wird gemeldet: Der Streik der Landarbeiter in den drei Bezirken Klado, Kralup und Schlan ist vollständig. Die Stimmung der Arbeiterschaft, welche den Kampf bis zum letzten Si ge zu Ende führen will, ist vorzüglich. Die Streikenden fordern den sofortigen Abschluß eines Kollektivvertrages und die Beendigung der Verletzung der Arbeiterschaft durch die verschiedenen Verwalungsanstalten. Solange die primitiven Rechte der Arbeiterschaft nicht respektiert werden, wird die Feldarbeit ruhen, selbst um den Preis, daß die patriotischen Massen auf die Feldarbeiter mit dem Gefährte, sie wollen den Staat demotivieren, losfürgen. Die Streikorganisation funktiert tatlos.

hätte nicht viel gefehlt, daß sie sich in die Haare geraten wären, nicht wüßten sie mentalement, was der Mensch für einen bösen Gedanken die andern, und Merkel schwur sich, sobald als möglich den Kram hinwerfen, er könne nicht länger in dieser Gesellschaft sein. Es mag richtig sein, daß die heilige Heimtückerei die „Mischungsmeile“, die so voller Autorität und Dunkelheit, Hebeln, „Wunden und Mithronen unter manchen Schichten der Arbeiterschaft noch verbreiteter ist, wie unter den Arbeitern. Man findet sie aber auch dort, und alles Gerade den Kameradschaften! Ich leere Schwamm, so lange die Leute nicht Kameradschaften sind, einander zu leben und handeln gelernt haben, und das ist niemand erst die Stille der ersten sozialen Revolution, sondern kann das jede Stunde im Reich und zu Hause praktiziert werden. Eiferer Pflichten und Selbstverleugnung ist notwendig und Menschlichkeit. Merkel kam nicht gerade in bester Stimmung heim, und fühlte sich davon an daß ihm die Arbeit jetzt dort natürlich verleidet sei, daß er die Gegend überhaupt verlassen wollte, und daß es daher schließlich am besten sei, noch heute das Aufheben der Wohnung drüben in der Vermählung fertig zu machen, ehe die Genossenschaft erst neue Geschäfte fakte, frust könnte wer meinen, er wolle sich drücken. Dann wurde also der einmündige Streik wieder fortgesetzt. Als auf das fortgesetzte Drängen, ob er denn schon etwas Besseres habe, ob er denn überhaupt andere Arbeit habe, nur immer ein „Nein“ erfolgte, amete Anna ordentlich erleichtert auf. So lange noch nicht entschieden war, hatte sie noch Hoffnung, und sie kämpfte mit janatistischem Eifer für ihr Haus und ihre Kinder. Manche Einwände sah Hans auch ein, und er hörte es gar nicht ungerne, sich überreden zu lassen, das ist manchmal ein wohlthätiges Gefühl, wenn einer das, was man selbst sich nicht

# Wirtschaftliches.

## Es lebe der Preisabbau!

Die Aufhebung der Zwanzwirtschaft für Milch und Futter ist schon im Grabe. So viel die „Allgemeine Zeitung“ aus dem Kreise Okerode: „Da die Milch- und Buttererträge infolge der anhaltenden Dürre zurückgegangen sind und die einheimischen Märkte in unzulänglicher Weise beschickt wurden, mußten die Preise für Milch und Butter ganz erheblich erhöht werden. Butter wird heute für 18 Mark 24 Pfund pro Pfund, und Milch für 1,60 Mark 2 Mark pro Liter kosten. Ob diese Erhöhung herrscht in den Kreisen der werktätigen Bevölkerung große Erregung.“

In anderen Kreisen geht es nicht besser aus. So kostet nach einer Bekanntmachung der Elbinger Molkereien von jetzt ab das Liter Vollmilch 2,40 Mark, Maerkmilch und Buttermilch 1,20 Mark und Vorzugsmilch 2,80 Mark.

Aus Marienburg wird berichtet: „Milch, die im Laufe dieses Monats zweimal im Preise gestiegen war, ist jetzt von 1,70 Mark auf 2,50 Mark gekommen. Butter, für die Anfang des Monats 15 Mark bezahlt wurde, kam jetzt auf 20 Mark, jetzt schon auf 25 Mark. Die Ursache soll in der schlechten Weide zu suchen sein.“

In Königsberg beirät der Butterpreis gleichfalls schon 24 Mark pro Pfund. — Abwärts ist in Königsberg vor kurzem von der Stadtverordnetenversammlung mit Zustimmung der Unabhängigen der Brotpreis erhöht worden. Die Unabhängigen stimmten für die Brotpreiserhöhung unter der Bedingung, daß das Brot besser würde; der Magistrat faßte das zu. Sehr, einige Zeit nach der Brotpreiserhöhung, ist aber das Brot wieder genau so schlecht wie zuvor; schon das von der Walzmühle an die Bäcker gelieferte Mehl ist drart mickelmaltig, daß gegen früher eher eine Verschlechterung als eine Verbesserung festzustellen ist.

So sieht in Wirklichkeit der Preisabbau aus, der den Arbeitern von den Stimmagenten tatsächlich vorgeschauert wird. Die Preissteigerung betrifft aber nicht nur Milch und Butter, sondern alle Lebensbedürfnisse der breiten Massen. Bedenkt man ferner, daß der diesjährige Kartoffelpreis eine schwindende Höhe erreichen und daß auch der Brotpreis schon in den nächsten Wochen eine unannehmerliche Höhe erreichen wird, so kann man schon jetzt die Gewalt der Lebensmittelcrise fühlen, die über das Proletariat hereinzuwachen im Begriff ist. Es wird ein und allein von der Widerstandskraft und von dem Kampfwillen der breiten Arbeiter- und Angestelltenmassen abhängen, ob diese Lebensmittelcrise zurückgedrängt werden oder ob sie die Lebensmittelcrise gegen ihre Urheber zurückdrücken lassen werden. Den kommenden Dinnamutia ins Auge zu sehen und sich für die unausweichliche Massenempörung zu rüsten, ist die Hauptaufgabe der Arbeiterklasse.

## Eine neue Zollmaßnahme am Rhein.

Aus Köln wird gemeldet: Nach Bekanntmachung der Eisenbahndirektionen in Mainz, Köln und Elberfeld ist am 20. Juli eine neue Zollmaßnahme im Eisenbahnpersonenverkehr an der rheinischen Zolltrasse in Kraft getreten. Auf Befehl der internationalen Feldpostbesatzungskommission wurden von 20. ab auf den Kontrollbahnhöfen der rheinischen Zolltrasse erweiterte Zollaufenthalte für Personen- und Schnellzüge eingeführt werden.

## Die Ernteaussichten in Sowjet-Rußland.

Nach Angaben aus Esthrien bis 1. Juni ist der Zustand des Weizens im Gouvernement Altai, der Kornkammer Sibiriens, die Aussichten im Gouvernement Genesisch dagegen fin, unter mittel, hauptsächlich wegen allu kalter Wintern.

Die durchschnittliche diesjährige Ernte im ganzen europäischen Rußland verhält sich zur Durchschnittsernte der letzten 10 Jahre, es sind in Prozentualen Ziffern wie folgt:

Winterweizen	71	Proz.
Wintergerste	59	„
Sommerweizen	63	„
Buchweizen	71	„
Hafer	56	„
Gerste	60	„
Maiz	71	„

d. h. also im allgemeinen ist die diesjährige Ernte um im Schnitt 27 bis 44 Proz. geringer als im Durchschnitt der 10 Vorkriegsjahre. In einen Rapsons hat sich übrigens die Ernte Ende Juni dank erfolgter Niederschläge etwas verbessert.

## Der russische Import im Juni.

In der Zeit vom 1. bis 15. Juni d. Js. wurden in Sowjetrußland aus dem Auslande eingeführt:

	in 100 Tsd	Proz. der Gesamtzahl
Lebensmittel	270,4	30,05
Metallfabrikate und Metalle	331,5	36,83
Chemikalien	86,8	9,65
Textilfabrikate	81,5	9,5
Schuhwerk	75,9	8,43
Druckpapier und andere Papiermaterialien	39,9	4,43
Sonstige Waren	141	15,6
Insgesamt	901	100,0

Wie aus dieser Tabelle ersichtlich ist, bestand der Import im Juni vorwiegend aus Industriefabrikaten; die Metallfabrikate und Chemikalien, sowie Textilwaren bilden zusammen 56 Prozent des gesamten Imports.

# Arbeitsfriede.

Roman von Franz Jung.

Copyright by Der Malik-Verlag, Berlin-Halensee 1921.

## Häuslicher Streit und seine guten Folgen.

Merkel hatte im seinem Betriebe Krach gehabt. Die Galle war ihm übergelaufen. Dann fallen mit einem Schläge alle Rücksichten, vorher nie gekannte Gegenstände wachen mit aller Schärfe aufeinander, und die Kollegen im gleichen Arbeitsraum stehen sich fremder gegenüber, als hätten sie sich vorher nie gesehen. Der Grund war das Verhältnis zwischen den Arbeitern, den Helfern und Arbeiterkraft. Obwohl Merkel seiner ganzen Stellung und seiner Beschäftigung nach zu den Betriebsarbeitern gezählt wurde, hatte er sich doch immer zu den Arbeitern gerechnet. Zunächst einer Ausschuswahl sitzen ein paar Arbeiter an zu sitzen und darauf anzuschauen, daß Merkel sich schon seinen Posten in einer Arbeiterorganisation ausprobiert habe. Es bestand eigentlich keine direkte Verbindung zwischen Merkel und seinen Angehörigen, doch blieben die letzteren immer in allen den anderen Betrieben der Arbeiter für sich und sie riefen die Nase, wenn einer mit den Arbeitern auf vertraulichen Fußstand, so wie in der Schule die Kinder auf den Streber aufpassen. Bei Merkel hatten sie es noch durchgehen lassen, weil sie ihn auch selbst mehr für einen Arbeiter hielten und ihn eigentlich nur dubelten. Merkel war das alles bisher ziemlich gleichgültig geblieben, bis sie ihn schließlich jetzt als einen der letzten zum Runde redet, eifrig und eitel und weiß Gott noch alles anstellen wollten, schnell sah ein Wort das andere, und es

zu sagen getraut, einem der andere an den Kopf wirft, als zögere man noch. Oft war es schon so gegangen, wenn sie untereinander gestritten hatten, heute war es aber doch anders. Hans fürchte sich einfach, offen herauszusprechen: Ich will fort, auf alle Fälle, ich halte es nicht mehr aus. Denn was konnte die Frau dafür, wenn sie so fortunter leiden - das war die einzige Frage, die er in seinem Kopfe herumwand; er fürchte ostentativ selbst, wie hart und verstoß er war. Es ist furchtbar, niemanden zu haben, mit dem man sich austprechen kann, einen, der so ist wie du selbst, dem man sich fast gegenübersteht, ohne Mißtrauen, der Kamerad. Alles mußte berechnet werden, und alles war mit Schuld bedeckt. Zu der Frau wollte er nicht sprechen, wie ihn eigentlich ums Herz war. Ihm war nicht die Gnade geworden, die Frau als Kameraden zu empfinden. Argendetwas war in ihm, das sich fortgesetzt vor ihm schämte. Das machte ihn manchmal doppelt böse, aber auch doppelt nachsichtig. Er wurde daran amüßlich zu einem primitiven Menschen, der er ursprünglich sicherlich nicht war. Aber es behagte ihm und er lehnte sich manchmal, wenn auch ungelassen, danach. Dann war er veranlagt, daß die Frau mit ihm machen konnte, was sie wollte. Und es machte ihm Spaß, und es war ihm warm ums Herz. Es war ein ewiges Ein und Her. Wer weiß, ob diesmal die Frau das Bettler noch angewendet hätte, wenn nicht Besuch ersehnen wäre. Das war an sich eine Selbsterleuchtung. Noch dazu zwei Leute, mit denen Hans so gut wie gar nicht zusammenkommen war. Sie drückten sich erst etwas verlegen herum, und Anna nahm sogleich die Gelegenheit wahr, davon zu sprechen, daß Hans fort wolle und wie unheimlich das in dieser Zeit sei.

(Fortsetzung folgt.)



# Breslauer Nachrichten

An alle Breslauer Abonnenten!

Der Verlag hat zusammen mit der Ortsgruppe dafür gesorgt, daß in allen Stadtteilen die Zeitungen durch Trägerinnen besorgt werden. Deshalb fordern wir alle Breslauer Postabonnenten auf, ab 1. August die Zeitung direkt beim Verlag zu bestellen.

Ferner teilen wir mit, daß der Preis der Zeitung bei wöchentlichem Zustellung nicht 1,40 M., sondern 1,60 M. beträgt.

## Die Pro böge in der „Gruppe“

Die Unfähigkeit der Untersuchungsrichter, des Gefängnisdirektors und seiner willigen Untergebenen kennzeichnet unsere Genossen, die das Recht haben, durch die Schergen des Herrn Log nach der Breslauer Wastille zu kommen, haben unter dieser Unterdrückung der obengenannten Leute zu leiden.

Der Justizminister hat, gezwungen durch den Druck der Kritik der Kommunisten in der Öffentlichkeit und im Parlament verschiedene Erleichterung für alle politischen im Zusammenhang mit der Märzaktion inhaftierten Arbeiter zu gestanden.

Die politischen Gefangenen dürfen nach der Anweisung des Justizministers Bücher und Zeitungen (außer kommunistischer Literatur) haben so viel als sie wollen. Die Besuche dürfen nicht beschränkt werden; jedenfalls nicht so wie bei unseren Genossen, die nur alle 14 Tage Besuch empfangen dürfen. Ebenfalls soll jede Beschränkung bei der Zusage von Lebensmitteln und Rauchwaren wegfallen.

Die Instanzen am Untersuchungsgefängnis in Breslau kümmern sich nicht um die Verordnungen ihres Ministers. Die Herren Untersuchungsrichter haben zusammen mit dem Direktor Lamer von der Gruppe ein eigenes Reglement über die Versorgung und den Verkehr der Untersuchungsgefangenen ausgearbeitet, mit dessen Hilfe sie besonders die kommunistischen Insassen. Als ein „Erfolg“ der Novemberrevolte dürfen die Untersuchungsgefangenen ohne weitere Erlaubnis und die Strafgefangenen nach Erlaubnis rauchen. Die Strafvorgänge von der Gruppe machen die Raucherlaubnis zu nichts, indem sie pro Woche 29 Cts und im Monat 100 Cts Strafgeld für ausreichend erachten. Falsch dürfen nach der Verordnung dieses an Gedenksmüttern Litenden Besuchen nur noch alle 4 Wochen gestattet werden und dürfen nicht länger als 10 Pfund sein. Besuche dürfen nur alle 14 Tage vorgenommen werden.

Wir glauben ja gern, daß die Herren Untersuchungsrichter und die Polizeibehörden die „Stene“ alte Zeit wieder herbeizurufen, wo sie nur ihren Gott und dem König verantwortlich waren. Sie werden aber diese Zeit nicht wieder bekommen. Das Klassenverhältnis, dessen treuester Vertreter jetzt den Gemeindevorstand und Scharführer einer hiesigen Gruppe und möglichen Beamtenklasse angeht, wird ihre Pländer heilen. Es ist keine leere Forderung, wenn wir sagen, daß das an die Macht gelangene Proletariat mit seinen Feindern nicht allzu weit verfahren.

## Aus der deutschen Schieberrepublik

Der jüngst eingewählte Sportdirektor hat bekanntlich sein Amt wegen ungenügender Arbeitsleistung der Regierung zur Verfügung gestellt. Ich, mir doch der gute Mann mal nach Breslau gekommen, er hätte ein ja großes Verdienstgefälle gefunden. Es gibt viel bessere Stellen hier, die so aus dem Westen kommen, daß man meint, über Deutschland habe sich ein Wohlstandswind ergriffen.

In der Tagespresse, 5. Februar, hat das D.S.-Abstimmen, Schlichter sein Schlegel der Wille, in Berlin, das von dem demnächst wieder gelehrt wird. In diesem Büro, das der Treffpunkt für so manchen dunklen Ehrenmann ist, werden Diskussionen verhandelt und verhandelt. Es geht das Gerücht um, daß der kommunistische Delegiert der Partei des Büros die Mehrheit von 59 Stimmen verdrängen habe. O, armes Deutschland, wie sehr man hier das Geld über die Dürre. Und wie oft man das Geld vermisst! Der Herr Kommissar Schlichter, der Gehilfe des Herrn Weismann, verdrängt seine Besuche im Liebig Cabaret im Kreis sehr anständiger Dörchen bei Wein und Sekt und diesen Jigaren 18. März. Warum soll er auch nicht? Jedenfalls bezahlt der Staat seine Spion-Kommissare so, daß sie sich solche kostspielige Extraktoren leisten können. Herr Weigel vertritt aber auch auf andere Art und Weise, Geld auszugeben. Er kauft alles Material über die Polen und 777 Kommunisten, gibt dafür Unsummen aus und fällt dabei natürlich sehr oft gewissen Fälschern und politischen Hochstaplern in die Hände. Es ist nur an den Fall Dinge erkannt, der Herr Weigel so manchen Teufel aus der Tasche gezogen hat.

Interessant wäre es auch zu erfahren, was bei Herrn Weigel der Prinz von Reibher, der Kaiser von Winterfeld und Herr von Feores so oft zu tun haben! Warum ist man dieses Büro, das solche Unsummen verschlingt, nicht auf? Hat denn Deutschland wirklich so viel Geld übrig? Dann soll man es für die tuberkulösen, unter ernährten Kinder und für die Kriegsanwärter verwenden, aber nicht zum Heilen blauer Augen. Die vorgelegten Behörden sollten sich dieses Schicksals mal genau ansehen und eine eingehende Besichtigung vornehmen.

## Breslau 6. Sitzung

Vor einigen Tagen gestatteten wir uns die Frage an die Polizei, welchen Zweck die Verfolgung der Breslauer Forts mit Waffen oder Art dient. Die Polizei hat sich ausgedrückt. Jetzt bekommen wir die Nachricht, daß das Fort Gutzkow mit Bombenmaterial und mit Munition verladen wurde. Wie uns mitgeteilt wird, geschieht die Verladung der Breslauer Forts mit Waffen und Munition im Einverständnis mit dem Reichswehrministerium.

Wir können den Gedanken nicht los werden, daß die schändliche Orgel ihre unheimlichen Hände dabei im Spiel hat. In welchem Zwecke braucht die Reichswehr in so großen Maße Waffen und Munition? Gedankt die Regierung sich schon jetzt vorbereiten auf die Abwehr eines vierten Weltkrieges oder will sie einen Kampf mit den Polen riskieren?

Die Arbeiter müssen ihre Augen offen halten. Es sind in allen Teilen die Reibtrageanten. Was ihrer Haut schneidet man Leuten. Sie müssen ihre Knochen als Kanonenfutter hingeben. Sie müssen aber dann auch durch Steuern die kolossalen Kosten für die Don Diktatoren der Reaktionäre tragen.

## Provinznachrichten

2. u. 3. Ortsgruppen!

Genossen! In wenigen Wochen findet in Jena der Reichsparteitag der KPD statt, zu dem auch der Bezirk Schlesia Vertreter entsenden wird. Die erheblichen Kosten dieser Delegations müssen von den Genossen selbst aufgebracht werden.

in der Lage sind, dieses Geld aus den auf Abrechnungen eingehenden Beträgen zu decken, haben wir uns entschlossen.

**Gemeinschaft für die Delegation zum Reichsparteitag** herauszugeben, die den Ortsgruppen in den nächsten Tagen zu gehen. Wir erlauben die Ortsgruppen, sofort intensive Sammelstätigkeit zu entfalten. Die Listen sind mit den geteilten Beträgen bis spätestens 15. August an Genossen Bernhard Gruschwitz, Breslau, Nikolaistraße 49/50, einzufenden, da sonst die Besichtigung des Reichsparteitages in Frage gestellt wird. Bezirksleitung KPD, Schlesia.

## Ein deutschnationaler Meistfall

Im Weichen Hof, Steinau, fand am 19. Juli 1921 eine öffentliche öffentliche Versammlung der KPD statt, in der Genosse Samann über die Erfüllung des Entente-Ultimatums und die Folgen für das Proletariat sprach.

Kurz vor Eröffnung der Versammlung rückte eine Abteilung Selbstschutz (zirka 60 Mann) unter Abführung nationalitätlicher Mitglieder im strammen Gleichschritt an, Kommandoführer erlöschten und die Selbstschützer betraten unter Anführung einiger Offiziere, nachdem sie zur Stärkung unserer Parteikasse ihr Eintrittsgeld entrichtet hatten, den Saal. Die jüngsten Vorkehrungen im Kreise Steinau, wo die Selbstschützer unter Leitung eines Leutnants Feines und des deutschnationalen Parteisekretärs Grandel die Versammlung der KPD durch Provokation, Nötigung und Drohung der Arbeiter zu zwingen, nachdem einige Selbstschützer brachten es mit sich, daß sich der Versammlung eine ziemlich erregte Stimmung bemächtigte.

Genosse Samann verstand es jedoch durch seine überaus fesselnden Ausführungen, die Versammlung in seinen Bann zu ziehen. Er wies nach, daß alle Anstrengungen der Ständeregierung in Bezug auf Erfüllung der Ententeforderungen von vornherein zum Scheitern verurteilt sind. Man kann wohl neue Steuern einführen, aus dem Blut und Schweiß der Arbeiter noch einige Groschen herauszschinden, aber man kann die kapitalistische Wirtschaftsordnung nicht mehr konsolidieren. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, auf kapitalistischer Grundlage das Problem der Lebensfrage der Arbeiter zu lösen. Und wenn die Arbeiter sich dem Druck der neuen Steuern, die die rechtsozialistischen Minister (Bauer, Grönerer usw.) mitbeschlossen haben, spüren wird, dann wird auch der rechtssozialistische Arbeiter zu der Einsicht kommen, daß nur die Beseitigung der Profitwirtschaft ihn vor gänzlicher Verelendung schützen kann. daß es für ihn nur eins gibt, nämlich Schulter an Schulter mit seinen kommunistischen Arbeitbrüdern und Schwestern die ganze bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft zum Teufel jagen und für die Verwirklichung der kommunistischen Idee zu kämpfen.

Einige Diskussionsredner hielten den irrenleiteten Selbstschützern, die größtenteils selbst Proletarier sind und sich von den deutschnationalen Kämpfern zu nationalitätlichen Treibern mißbrauchen lassen, einen Spiegel vor. Der Selbstschutz solle

## Metallarbeiter!

Der D.A.S. könnte auch vom Joch des Kapitalismus befreien, der D.A.S. hat den Hebel der Wirtschaft in der Hand! Und doch duldet die Gewerkschaftsbürokratie, daß ihr verhungert, daß ihr verumst, daß ihr geknechtet, in die Zucht häuser geworfen, erwidert werden!  
**Wacht auf, morgen müßt ihr kommunistisch wählen!**

Ich ja nicht einreden, durch eine zweite Kapplade sein Mischen an der Arbeiterkraft zu kühlen, es dürfte diesmal rechtlich anders ausfallen.

Der deutschnationalen Parteisekretär Grandel verachtete, durch unheimliche Schimpfereien auf die Juden und verschiedene Anpöbelungen über seine Geistesart hinwegzutäuschen. Zur Sache konnte er jedoch gar nichts sagen, nur ging aus seinen Ausführungen zur Genüge hervor, daß der Selbstschutz als Leibgarde für den kühnen Herrn Grandel für diese Versammlung aufgebildet worden war.

Was sagt die „demokratische“ Regierung, was sagt der „sozialistische“ Oberpräsident Zimmer dazu, daß die monarchistischen Deutschnationalen das Verfassungsrecht über den Selbstschutz haben? Die Steinauer Arbeiterkraft ist jedenfalls der Meinung, daß der Selbstschutz, der unter dem Titel berühmten Namen „Arbeitsgemeinschaft Koppach“ die Unmenge Steinauer Arbeiter, eine Gefahr für die öffentliche Ruhe und Ordnung darstellt, deshalb auf kürzestem Wege aufgelöst ist. Der Reichstag scheint auch der Kapitän von Steinau zu sein, sonst hätte er wohl nicht Schupo nach Steinau beordern lassen.

Die Versammlung schloß unter einem begeisterten Hoch auf die kommunistische Internationale und Sozial-Rußland und Abhängigkeit der Internationale. Jedenfalls war es ein guter Erfolg für uns und ein böser Meistfall der Deutschnationalen.

## Noch immer Waffenschmuggeln

Im Kohlfurt wurde beim Rangieren ein Waggon mit Handgranaten entdeckt. Die angeführten Rangierarbeiten ergaben, daß der Abwander ein gewisser Zeilner, Breslau, Kassestr. 8, war. Dieser Ortsgruppenmitglied, der ein Werkzeugs unterhält, erhielt sehr hohe Aufträge darin, seine Geldgeber im Reich mit Waffen zu versorgen. Der Waggon war am 6. Juli in Gumboldt bei Wetzlar abgeholt, über Breslau, Gumboldt nach Kohlfurt transportiert. Das Ziel sollte Gumboldt sein. Daß bei diesen Waffenschmuggeln die Scheinwände bei der Eisenbahn mit den Ortschaften zusammenarbeiten, ist ohne weiteres klar. Dies ist bezeichnend für den Gumboldt Ort, der das Reichswehrministerium zielt. Auf der einen Seite deckt er die Anordnungen der Regierung über die Entwaffnung, auf der anderen Seite duldet er die Verschleppung des Transport von Waffen für die aufgelöste Orgel.

**Verbot!** Angewandte mit hohem Ansehen in der Epizentral Stadt, Lehmwerke (Kohlberg Gumb.) Am 11. Juli um 11.30 Uhr bei Gumboldt (Wetzlar) wurde ein untergeordneter Arbeiter bei gumboldt (Wetzlar) dabei, daß er bei Verladung einer verbotenen, nicht richtig markierten Granaten mit dem Kopf in dieselbe kam und dabei so schwer verletzt wurde, daß der Tod nach wenigen Tagen droht. Die geringfügige Leber und Gehirnhirnhaut in dieser Verletzung bezieht sich, gegen neben dem Leben einer Frau, wodurch sich der Transport ins Krankenhaus um einige Stunden verzögert, die ersten Schritte werden, welche in Bezug auf Entschädigung der Familien, Befreiung der Handwerker der Staatspflanz und anderer Maßnahmen wiederholt angeordnet werden müssen. Selbst die bestmögliche Anwesenheit, korrekte Zusammenfassung des Toten bezüglich Entschädigung, sachverständige Beobachtung werden von dem Leiter des Betriebes sehr oft unterlassen. Dieser charakteristische Zug entspricht wohl auch den Verhältnissen, die sich im Jahr 1921 im Bereich

stärkten selbst zuzuschreiben. Angestellte und Arbeiter! Hier am diesem Fall zeigt es sich deutlich, wie in der kapitalistischen Produktionswirtschaft eure für das Kapital geleisteten Dienste gemindert werden, wie man euch und eure Angehörigen, sobald nichts mehr aus euch herauszuholen ist, behandeln wird. Die Arbeiterkraft aber muß aus diesen Vorgängen lernen, daß nur durch Anwendung des schärfsten Klassenkampfes die Überwindung der kapitalistischen Profitwirtschaft als der Grundursache des ganzen Elends erfolgen kann.

**Mitlerbach.** Am Sonntag, den 27. Juli, tagte die von der Ortsgruppe Mittlerbach der KPD einberufene außerordentliche Mitgliederversammlung. Zur Tagesordnung stand als wichtigster Punkt: „Neuwahl eines 1. Vorsitzenden.“ Die Versammlung, die im Gasthaus „Zur Lebenshoffnung“ tagen sollte, mußte wegen der im Orte herrschenden Typhusepidemie wo anders hin verlegt werden. Der bisherige Vorsitzende, Gen. Galle, eröffnete die Versammlung, und legte die Gründe dar, die ihn zu seinem Rücktritt als Vorsitzender bewegten. An der darauffolgenden Aussprache beteiligten sich die Genossen sehr reg. Die bestehenden Mängel in organisatorischer Hinsicht wurden ohne Schönfärberei diskutiert. Die Genossen waren sich alle darin einig, daß die Ortsgruppe nur dann als gefestigt gelten kann, wenn alle Genossen ohne Ausnahmen mitarbeiten. Es wurden dann Vorschläge eingebracht, und zur Wahl geschritten. Der bisherige 2. Vorsitzende, Genosse Richard Schulz, wurde einstimmig zum 1. Vorsitzenden gewählt. Genosse Schulz, der ja schon als 1. Vorsitzender in der KPD-Ortsgruppe tätig war, nahm das Amt an. Er dankte den Genossen in kurzen, schlichten Worten für das ihm entgegengebrachte Vertrauen. Er erwähnte die Genossen, weiter treu zur Ortsgruppe zu halten, und so sehr denn je der Sache des Kommunismus zu dienen. Es erfolgte nun nochmals eine Aussprache. Da die Ortsgruppe organisatorisch sehr zurück liegt, sprachen sich die Genossen für mehr intensive Arbeit innerhalb der Ortsgruppen aus. Der Vorsitzende einiger Genossen, nächsten einen Familienausflug zu veranstalten, soll verwirklicht werden. Es erfolgte nun noch die Wahl eines 2. Vorsitzenden und des eines Kassierers. Als 2. Vorsitzender wurde Genosse Alfred Köhler und als Kassierer Genosse Robert Tschienz einstimmig gewählt. Dem Geiste nach zu schließen, den die Versammlung befehlte, konnte man feststellen, daß es der sozialdemokratischen „Bergmacht“ und ihren Helfershelfern durch ihre Gehärdet und Beschimpfungen gegen die Kommunisten noch nicht gelungen ist, unsere Genossen anderen Sinnes zu belehren. Nachdem noch einige Genossen ihre Mitarbeit dem Genossen Schulz zugesagt hatten, schloß derselbe die Versammlung mit der Empfehlung an die Genossen, die Mitgliederversammlungen noch regelmäßig und zahlreicher zu besuchen. Mit dem Ergebnis, dies zu beherzigen, gingen die Genossen auseinander.

## Aus dem Waldenburger Gebiet

**Altwasser.** Die Bergarbeiter-Union Gelsenkirchen hatte in der letzten Zeit öffentliche Bergarbeiterversammlungen einberufen. Diese Versammlungen haben aber zum größten Teil gar nicht stattgefunden. In Altwasser sprach Hammer-Gelsenkirchen. Er versuchte die Unzufriedenheit der Bergarbeiter auf Grund des letzten Streiks für die Arbeiter-Union zu gewinnen. In der Diskussion sprachen sich aber sämtliche Redner gegen eine Zerstückelung der Gewerkschaften aus. Im Gegenteil, die Unfähigkeit der Führung müsse die Kameraden gerade erst recht anfeuern, in revolutionärem Sinne in den Gewerkschaften zu arbeiten. Wenn wir auch gegen die Bestimmungen, die Gewerkschaft durch die U.M.U. zu sprechen, entschieden auftreten, so müssen wir doch mit Entschiedenheit dagegen Stellung nehmen, daß die Bergarbeiter, wie Döhrer, verfahren, die Anhänger der U.M.U. aus der Arbeit zu bringen. Das Bestreben der Unionisten wird von selbst aufhören, nicht zuletzt dann, wenn jeder Kommunist mit äußerster Kraft in den Gewerkschaften arbeitet.

## Gammelt für die „rote Hilfe!“

Bezant, Red.: Fritz Sommerfeld, Berlin. — Verlag Soz. Verl. o. G. m. b. H., Breslau. Druck: Felix Wolf, GmbH., Berlin 614.

**Schauspielhaus**  
Operettenbühne Tel. Ring 2545  
Heute und täglich 7 1/2 Uhr  
**Die Scheidungsreise.**  
Sonntag nachm 3 1/2 Uhr:  
Wiederauftritt Helga Käty  
**Die Försterchristel.**  
**Zeltgarten**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Einziges Sommerparthei  
in Breslau.

**Lieblich - Theater**  
7 1/2  
„Der verjüngte Adolar“  
Musik von Kollo  
Betty Feiner  
Henry Bender

Jedem der das Unglück hatte.  
**geschlechtskrank**  
Es werden ist vor allem zu einer schnellen und diskreten Heilung sehr geeignet. Versuchen Sie sofort ohne jede Verpflichtung gegen Besondere von Nr. 2 — für Porto und Spesen mitl. ad. Breslauer über Heilung von Herpes-Blaschenschen bei der 1. Besondere. In fischen und ganz veränderliche, von Syphilis oder Herpes-Blaschenschen, ohne Empfindung, ohne Schmerzen und Quecksilber von Menseschwäche (Erfolge bei allen Altersstufen) von Wetzlar. Zusendung in verschlossener Doppelbrief ohne jedes Andeck; falls gewünscht, senden wir Broschüre unter Einschluß von 1.000 M. an, wenn nicht, bitte Broschüre gratis und für. Ad. H. Sommerfeld, G. m. b. H., Sommerfeld 718 (Wetzlar, Frankfurt, Od.) Unt. spez. ärztliche Leitung. Achtung! Sie genau an Ad. H. Sommerfeld, da in letzter Zeit viele falsche Institute mitarbeiten. Schreiben Sie so oft, wie Sie können, nach seit Jahren bewährte P. A. -rate an, die durch unsere Versand-Apoth. oder jede andere Apotheke zu erhalten sind.

Wir empfehlen:  
**G. S. Gumbel:**  
**2 Jahre Mord**  
Preis 6,00 Mark.  
Sodann erziehen:  
**Der Hochberraprozess**  
gegen Heinrich Brandier  
vor dem außerordentl. G. richt am 6. Juni 1921 in Berlin  
Preis 2,50 Mark.  
Zu beziehen durch:  
**Kommunistische Bücherei**  
Breslau 5, Grabländer Straße 45.